

SCHWEIZ

ANDREAS LADNER ZUR SP-ATTACKE

Eine Folge des CVP-Spesswahlkampfes

Die Anti-Deiss-Kampagne der SP birgt für die Partei ein Risiko. Das Blatt könnte sich gegen die SP-Bundesräte wenden. Aber wahltaktisch agiere die SP richtig, sagt der Politologe Andreas Ladner.

◆ **Interview: Markus Brotschi**
Sehen Sie eine durchdachte Strategie hinter der SP-Kampagne gegen die CVP und deren Bundesrat Joseph Deiss? Andreas Ladner: Ja. Die SP hat das Gefühl, dass sie nicht mehr auf die CVP zählen kann bei wichtigen Abstimmungen im Parlament. Ihr Eindruck ist, die CVP sei nach rechts gerutscht im Vorfeld der Wahlen. Deshalb versucht die SP Druck auf die CVP auszuüben, um sie wieder stärker für ihre Politik zu gewinnen.

Aber ist die SP überhaupt in einer Position der Stärke? Sie ist und bleibt in der Schweiz ein Minderheitenprogramm, auch wenn sie bei den Wahlen stärkste Partei werden sollte. Das wird möglicherweise dann zum Problem, wenn die Sache unkontrollierbar wird. Tatsächlich ist ein gewisses Risiko vorhanden, dass sich die Kampagne gegen die SP wendet.

Falls sich die SVP frühzeitig festlegt und sagt: Wir versuchen erneut der SP einen Sitz wegzunehmen. Und die CVP antwortet: Wir machen mit.

Genau. Letztlich können die Bürgerlichen zusammen bestimmen, wer Bundesrat wird. Aber dazu müssten sich die Bürgerlichen erst einmal einigen.

Hätten die Bürgerlichen von einer SP in Opposition überhaupt viel zu befürchten? Bei den Abstimmungen im Mai verlor die SP durchs Band.

Die Frage wäre, wen die Bürgerlichen hinauswerfen. Mit Bundesrat Leuenberger wäre das eher möglich als mit der im Volk relativ populären Calmy-Rey.



Andreas Ladner BILD URS BAUMANN hält den Angriff für «logisch».

Und dann müsste die SP ja ganz raus aus dem Bundesrat. Das wäre ein grundlegender Wandel vom Konkordanz- zum Regierungs-/Oppositionssystem. Dann müssten die Bürgerlichen die volle Verantwortung für die ganze Politik übernehmen. Für einen solchen Systemwechsel fehlt die Einsicht, dass das besser wäre für die Schweiz.

Dann kann die SP ohne Risiko auf Deiss zielen?

Im Moment kann die SP ihre Kampagne laufen lassen. Sie begründet sie ja auch inhaltlich. Sie

sagt, zurzeit gebe es keinen Unterschied mehr zwischen CVP und SVP, und stellt klare Forderungen an die CVP.

Was bei genauem Hinsehen nicht stimmt. Ein der SVP genehmer Bundesrat träte sicher für weniger Sozialstaat ein als Joseph Deiss.

Darin liegt das Risiko der SP-Kampagne. Im schlimmsten Fall sagt die SVP: Wir kandidieren nochmals mit Christoph Blocher. Dann muss sich die SP entscheiden, ob sie lieber Christoph Blocher oder Joseph Deiss im Bundesrat will.

Klugerweise müsste die SP genau dann mitmachen. Denn mit Blocher im Bundesrat verliert die SVP ihr Grosshirn. Möglicherweise würde eine solche Integrationsstrategie sogar funktionieren. Die SP-Basis wäre aber wohl kaum von einem solchen Schritt zu überzeugen.

Kann es auch sein, dass die SP nach den Nationalratswahlen den Streit ad acta legt und wieder mit der CVP kungelt?

Die SP setzt jetzt einen Prozess in Bewegung. Und dabei ist nicht alles planbar. Es gilt zuerst abzuwarten, was bei und nach den Nationalratswahlen passiert. Aber grundsätzlich liegt die SP richtig: Sie ist in der Minderheit, und ihre Anhänger erwarten, dass sie sich kämpferisch gibt in Zeiten, wo gespart wird.

Aber klar ist jetzt schon, dass die Forderungen der SP an die CVP nicht erfüllbar sind.

Zusätzliche 500 Millionen Franken pro Jahr zur Prämienverbilligung kann die CVP nicht bewilligen, weil das keine bürgerliche Politik mehr wäre. Damit geriete die CVP von rechts unter Beschuss. Das ist das Problem der CVP. Sie muss sagen, auf welcher Seite sie steht. Die CVP kann nicht auf beiden Seiten stehen.

Und Deiss ist das schwächste Glied in der Kette?

Im Moment ist hier der Druck am grössten. Wir haben eine hohe Arbeitslosigkeit, und es ist kein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht. Die SP kann sagen, es passiere zu wenig.

Die CVP gibt nicht eben hart zurück. Warum droht sie der SP nicht mit der Abwahl eines ihrer Bundesräte?

Diese Option könnte die CVP zumindest mal intern abklären.

Die SP fühlt sich verlassen, die CVP muss um Wähler kämpfen. Wer ist hier eigentlich der Schwächere?

Die SP darf nicht alles schlucken, muss zeigen, dass sie sich wehrt. Sie muss auch aufzeigen, wie die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sind.

Also leistet SP-Präsident Brunner einen Beitrag zur Transparenz?

Ja. Für mich ist das Verhalten der SP logisch. Die SP muss nicht die CVP retten, wenn diese nicht mehr mit ihr zusammenarbeitet. Die SP reagiert mit ihrem Plakat geschickt auf das Bemühen der

CVP um einen originellen Wahlkampf. Wenn die CVP Wasserbälle verteilt, denken die Leute nun mal ans Baden, besonders im Sommer. Das mit der wirtschaftlichen Realität zu konfrontieren ist durchaus gelungen.

Dann geht eher bei der CVP der Schuss nach hinten los, weil sie trotz ernster Lage mit Zahnbürsten und Wasserbällen auf Spass macht?

Wer Spesswahlkampf macht, gibt sich auch Blößen und muss damit rechnen, dass die anderen diese ausnützen.

Die SP ging noch nie so direkt auf Personen los. Vom Stil her erinnert das an Kampagnen von SVP oder Gewerkschaften.

Das ist eine Folge der Personalisierung der Politik. Man macht heute einzelne Personen verantwortlich für gewisse Missstände. Demzufolge wird Joseph Deiss

als der Schuldige dargestellt und nicht wie früher der Gesamtbundesrat.

Die FDP hält sich raus. Kann am Schluss nicht auch der Sitz von Kaspar Villiger für die SVP zur Disposition stehen?

Jetzt werden mal Varianten durchgespielt. Am Schluss wird man wohl sagen, wir lassen es bei der Zauberformel. Ich gehe davon aus, dass die SVP ihren zweiten Sitz erst dann bekommt, wenn einer der CVP-Bundesräte freiwillig zurücktritt. Bevor das Parlament einen Bisherigen abwählt, wird zuerst die Zahl der Bundesräte auf neun erhöht. Man wird an der Konkordanz festhalten und daran, dass keine amtierenden Mitglieder des Bundesrats abgewählt werden. ◆

Andreas Ladner ist Co-Leiter des Kompetenzzentrums für Public Management an der Universität Bern.

PLAKATKAMPAGNE DER SP

Joseph Deiss wehrt sich

Wirtschaftsminister Deiss findet die SP-Kampagne unfair. Der Bund nutze seine Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, sagte er im Radio DRS. Eine andere Politik sei nicht nötig. Er gehe auch nicht baden, wünsche nur jenen viel Vergnügen, die Zeit dazu hätten. Für die CVP ist die SP-Forderung nach 900 Millionen Franken Sozialausgaben «Erpressung». Gestern startete die SP ihre Plakatkampagne

gegen den CVP-Bundesrat: «200 000 suchen Arbeit. Und CVP-Deiss geht baden.» Oben schwimmt ein mässig aufgepumpter CVP-Wasserball, aufgekreuzt der Name «Joseph». Nicht alle SP-Leute finden das gut. Laut Peter Vollmer (BE) hat es die SP nicht nötig, Leute direkt anzugreifen. Rudolf Rechsteiner (BS) bezweifelt, dass die SP-Fraktion einen zweiten SVP-Bundesrat wählen will. br

IN KÜRZE

Casinoerträge nicht so hoch wie erwartet

Casinos und Kursäle haben 2002 rund 300 Millionen Franken eingespielt und 120 Millionen Franken Steuern entrichtet. Rund 90 Millionen Franken kamen der AHV zugute. Laut der Spielbankenkommission (ESBK) kam es zu fast keinen Problemen. Ende des letzten Jahres waren rund 5200 Süchtige vom Spieltisch ausgeschlossen, überwiegend Männer und zur Hälfte Ausländer. Zudem kam es zu einer Verfehlung der Sorgfaltspflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei. Die ESBK will nichts wissen von Änderungen der Spielregeln, wie dies die Branche gefordert hatte. sda

Bis zu 8000 Arbeitsplätze gefährdet

Das geplante Entlastungsprogramm 2003 von 3,3 Milliarden Franken für den Bundeshaushalt könnte in den nächsten drei Jahren zum Abbau von 8000 Arbeitsplätzen führen. Dies geht aus einer Studie der BAK Basel Economics hervor. sda

RUBRIKENVERZEICHNIS

Liegenschaftsmarkt	28
Kreuzwörter/Horoskop	7
TV/Radio	13
Todesanzeigen Danksagungen	
Berner Zeitung	22, 23
Berner Oberländer	14, 23
Thuner Tagblatt	14, 23
Solothurner Tagblatt	14, 20
Flohmarkt	8
Kinos/Ausgehen	31
Weitere Hinweise auf den Lokalseiten.	

COUCHEPIN BEI BERLUSCONI

Nur die Schweizer Interessen zählen

Bundespräsident Pascal Couchepin will heute Silvio Berlusconi den Puls in Sachen Bilaterale II fühlen. Die unangenehmen Seiten des umstrittenen EU-Ratspräsidenten werden ausgeblendet.

«Es geht nicht um Silvio Berlusconi, es geht um den EU-Ratspräsidenten.» Auf diese Formel hat sich die Entourage von Bundespräsident Pascal Couchepin vor dessen heutigem Besuch beim umstrittenen italienischen

Premier geeinigt. Schliesslich müsse die Schweiz ihre Interessen wahren. Deshalb werden weder Berlusconi's Auftritt im Europarat, als er einen deutschen Abgeordneten als KZ-Aufseher bezeichnete, noch die auf eigene Faust in der Schweiz ermittelnden italienischen Parlamentarier ein Thema sein. Ersteres sei ein EU-internes Problem, und Letzteres sei mit dem Entscheid des Bundesrates, diese nicht weiter strafrechtlich zu verfolgen, erledigt, erklärte Couchepin-Sprecher Jean-Marc Crevoisier auf Anfrage. Diesen Entscheid nennt die CVP einen «Kniefall». Dass sich Couchepin hand-

zahn geben wird, hat auch mit der Unberechenbarkeit seines Gastgebers zu tun. Denn der Bundespräsident will Berlusconi in Rom den Puls in Sachen Bilaterale II fühlen. Diese sind noch immer nicht unter Dach und Fach und im Programm der italienischen EU-Ratspräsidentschaft nur am Rande erwähnt. Zudem geht es bei den noch strittigen Punkten in den Dossiers Betrugsbekämpfung und Schengen/Dublin um Themen, die das Verhältnis Schweiz-Italien in der Vergangenheit etwas getrübt haben. Seit dem Amtsantritt Berlusconi vor zwei Jahren nahm der Druck auf die Schweiz in den

Bereichen Rechtshilfeabkommen, Steueramnestie und Bankgeheimnis zu. Genau hier konnten die Schweiz und die EU bisher keine Lösung finden.

Der Schweizer Botschafter in Rom, Alexis Lautenberg, meinte allerdings gegenüber Swissinfo, dass die offenen Punkte juristisch-technischer Natur seien, bei denen Italien immer Verständnis gezeigt habe. Doch sein Optimismus wird nicht vorbehaltlos geteilt. Maximilian Reimann (SVP, AG), Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates, ist gemäss Swissinfo skeptisch: «Italien hat wenig Verständnis für die

Schweizer Interessen.» Ganz sicher kein Thema sein werden die verschiedenen Rechtshilfesuche, welche die italienische Justiz seit 1996 im Zusammenhang mit undurchsichtigen Finanzgeschäften des Berlusconi-Clans an die Schweiz gerichtet hat. Wie Bundesanwalt Valentin Roschacher dem «SonntagsBlick» sagte, seien diese «teilweise ausgeführt, teilweise noch offen».

Gestern konnte sich Couchepin moralisch auf sein heutiges Treffen mit Berlusconi vorbereiten. Er wurde von Papst Johannes Paul II. zu einem zehnmütigen Gespräch unter vier Augen empfangen. dsj



Zehn Minuten dauerte das Gespräch zwischen Bundespräsident Pascal Couchepin und Papst Johannes Paul II.

BILD KEYSTONE

BERLUSCONI'S VATER

Interniert in Eriswil

Familie Berlusconi und die Schweiz: Während sich bei Italiens Premier heute alles ums Geschäft dreht, ging es bei seinem Vater im Zweiten Weltkrieg ums nackte Überleben.

«Mein lieber Silvio, wie ich an Dich denke. Wie sehr ich mir wünsche, Deine schrille Stimme zu hören.» Das notierte Luigi Berlusconi am 10. November 1943 in der Schweiz in sein Tagebuch. Der Vater des heutigen Regierungschefs war im Herbst 1943 wie Zehntausende seiner Landsleute illegal ins Tessin geflüchtet, um sein Leben zu retten. In Mailand warteten damals der 1943 siebenjährige Silvio Berlusconi, dessen kleinere Schwester Maria Antonietta und Mutter Rosella

sehnhelbst auf die Rückkehr von Vater Luigi.

Von September 1943 bis Juli 1945 war der 1908 geborene Mailänder Bankangestellte in der Schweiz interniert, zunächst im Schulhaus von Auswil, später in jenem von Eriswil. In der italienischen Zeitschrift «Oggi» sind erstmals Auszüge aus dem bisher unveröffentlichten Tagebuch des Vaters von Berlusconi veröffentlicht worden. Nach Auskunft einer von «Oggi» befragten Zeitzeugin beteiligte sich Luigi Berlusconi in Eriswil aktiv am Dorfleben: Er organisierte Theateraufführungen, dirigierte den Dorfchor und half bei der Kartoffelernte mit – für zwei Franken pro Tag. asr